

42 - 31. 03. 1993

# Keine wiederkehrenden Beiträge

## Die Satzung soll überarbeitet werden / Gemeinderat faßte Grundsatzbeschuß

m. NACKENHEIM — Nach ein-  
einhalbstündiger heftiger Debatte  
kam es in der jüngsten Sitzung des  
Gemeinderates zum „Aus“ für die  
mit den Stimmen der SPD sowie  
eines Abgeordneten der BLN einge-  
führten „wiederkehrenden Beiträ-  
ge“. Eine neue Satzung soll nunmehr  
die Kosten für den Ausbau der Fis-  
chergasse und Bahnhofstraße, die  
sich auf 577000 Mark belaufen, auf  
eine breitere Basis von Beitragszah-  
lern stellen.

Vor rund 150 Zuhörern im Film-  
und Feierraum der Grundschule vo-  
tierte der Rat einstimmig für die  
Aussetzung der bereits erlassenen  
Bescheide über die Festsetzung des  
Ausbaubeitrages 1992. Bei zwei Ent-  
haltungen nahmen die Fraktionen  
den Vorschlag der CDU an, wonach  
der Rat sich grundsätzlich für die  
Aufhebung der eingeführten Aus-  
bausatzung ausspricht. In den Aus-  
schüssen sollen Gespräche geführt  
werden, welches Beitragsrecht künf-  
tig für den Ausbau von Straßen gel-  
ten soll. Dieses Procedere wurde nö-  
tig, um keine „satzungslose Zeit“ in  
der Kommune entstehen zu lassen.

Zum Auftakt der Diskussion mel-  
dete sich Frieder Stauder (BLN) zu

Wort. Er müsse seine Einstellung  
gegenüber den „wiederkehrenden  
Beiträgen“ revidieren, sagte Stau-  
der. Zum Unmut der Bürger sei es  
gekommen, als die Bescheide ver-  
sandt worden seien. Der Bürger sei  
grundsätzlich dazu bereit, für den  
Straßenausbau zu zahlen, jedoch  
nur, wenn er sehe, daß vor seiner  
Haustür Verbesserungen entstün-  
den. Die „wiederkehrenden Beiträ-  
ge“ könnten keineswegs als schlecht  
angesehen werden, seien indes „un-  
günstig“, weil die Neubaugebiete  
ausgeklammert würden. Nun solle  
ein neues Modell entwickelt werden,  
damit die Dorfsanierung fortgeführt  
werden könne.

Der fraktionslose Sigbert Weber  
zollte den Bürgern Lob, die sich  
gegen eine unsoziale Verteilung der  
Kosten zur Wehr gesetzt hätten. Die  
SPD habe in dieser Sache ihre Haus-  
aufgaben schlecht gemacht.

Die oberflächlichen Beratungen  
im vergangenen Sommer sowie den  
damals gefaßten Satzungsbeschuß  
kritisierte nochmals Günter Zerbe  
(FWG). Über die wiederkehrenden  
Beiträge solle noch mehr abgerech-  
net werden, warf Zerbe der SPD vor.  
Für die Bürger in der Fischergasse

und Bahnhofstraße komme es nun  
hart auf hart. Ein verträgliches Kon-  
zept müsse erarbeitet werden. Zuvor  
hatte Elisabeth Lenz (SPD) der Aus-  
setzung der ergangenen Zahlungs-  
verpflichtungen zugestimmt und ei-  
ne gerechtere Verteilung gefordert.

„Eine völlig gerechte Satzung wird  
es nie geben“, bemerkte CDU-Spre-  
cher Alfred Hoffmann. Seine Frak-  
tion habe immer wieder auf die Pro-  
blematik in dieser Form hingewie-  
sen. Die CDU plädiere für einmalige  
Beiträge nach Durchschnittssätzen.

Mit der neuen Satzung solle mehr  
Zahlungsgerechtigkeit entstehen,  
weil Bürger an Bundes- oder Lan-  
desstraßen außer den Bürgersteigen  
nie etwas für die Fahrbahnen be-  
zahlt hätten, sagte SPD-Sprecher Ri-  
chard Speckenheuer.

Für Nackenheim müsse ein völlig  
neues Konzept entwickelt werden,  
betonte VG-Chef Gerhard Krämer.  
Allerdings dürfe nach dem Gesetz  
nicht über Wohneinheiten abgerech-  
net werden. Zu den „wiederkehren-  
den Beiträgen“ seien Berge von Wi-  
dersprüchen seitens der Betroffenen  
eingegangen. Viel Arbeit werde wei-  
ter nötig sein, um zu einer Lösung zu  
kommen.